



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

3. Ratssitzung vom 27. Mai 2026

119. 2026/102
Parlamentarische Initiative der Grüne-, FDP-, SP-, GLP- und AL-Fraktion vom
04.03.2026:
Einschränkung der Videoüberwachung des öffentlichen Grunds durch Private,
Ergänzung der Datenschutzverordnung (DSV)

Martin Busekros (Grüne) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 5915/2026): Gegen die Änderung der Datenschutzverordnung (DSV) der Stadt Zürich betreffend Videoüberwachung durch Private wurde Beschwerde eingereicht. Diese wurde am 16. Dezember 2025 vom Verwaltungsgericht gutgeheissen und ist daher rechtskräftig. Das Verwaltungsgericht hat festgehalten, dass die Regelung der Überwachung des öffentlichen Raums in die städtische Kompetenz fällt. Bemängelt wurde, dass ein faktisches Verbot gelten würde. Das entspräche nicht der Verhältnismässigkeit. Die vorliegende Version als Parlamentarische Initiative sieht eine solche verhältnismässige und griffige Ausnahmegestaltung vor. Sie ist ein breiter Kompromiss und ein grosser Erfolg für die konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat.

Die Parlamentarische Initiative wird von 115 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Gemäss Parlamentarischer Initiative wird die Überweisung an die GPK beantragt.

Damit ist die Parlamentarische Initiative stillschweigend an die GPK überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat